

Bündnis 90/Die Grünen

Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende

Lisa Paus, finanzpolitische Sprecherin

Robert Habeck, Bundesvorsitzender

Entwurf des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Frau Baerbock, sehr geehrte Frau Paus, sehr geehrter Herr Habeck,

wir beziehen uns auf den Entwurf des Wahlprogramms Ihrer Partei und hierbei auf den geplanten Übergang von einer provisionsbasierten auf eine ausschließlich auf Honorarbasis vergüteten Beratungs- und Vermittlungstätigkeit (Seite 108 des Programms).

Unsere Verbände sprechen für nahezu alle der rund 250.000 Vermittler*innen auf dem Finanzmarkt. Es besteht dabei Einigkeit dazu, dass ein Übergang zur reinen Honorarberatung die berufliche Existenz von mindestens zwei Dritteln der Vermittler*innen kosten würde. Viele davon beschäftigen zusätzlich sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter*innen, die sich dann neu orientieren müssten. Da auch Banken und Sparkassen auf Provisionseinnahmen angewiesen sind, würde sich deren Filialnetz und auch deren Beratungsangebot ganz sicher noch viel schneller als schon bisher reduzieren.

Es stimmt einfach nicht, dass, wie in ihrem Programm erwähnt, die Vermittler*innen den Kund*innen falsche Produkte „andrehen“! Weder aus den Beschwerdestatistiken der BaFin und des Ombudsmannes noch aus Verbraucherbefragungen unabhängiger Marktforschungsinstitute ergeben sich irgendwelche Hinweise auf strukturelle Missstände in der Beratung. Allenfalls werden von den Verbraucherzentralen Einzelfälle herangezogen. Bei mehreren Millionen Kund*innenkontakten im Monat können aber solche Einzelfälle kein Indiz für strukturelle Probleme sein. Die Branche hat in den letzten 10 bis 15 Jahren immens viel für eine Verbesserung der Beratungsqualität und für kund*innenorientiertere Vergütungssysteme getan. Abschlussprovisionen wurden abgesenkt und in ratierliche Provisionen umgewandelt, um so das Risiko für mögliche Fehlanreize auszuschließen und den Serviceaspekt zu stärken. In keinem anderen beratenden Beruf hat es in den vergangenen Jahren derart viele regulatorische Maßnahmen - insbesondere zum Verbraucher*innenschutz - gegeben, die von den Berater*innen unter hohem Aufwand umgesetzt wurden.

Fest steht: Wenn durch Beseitigung der provisionsbasierten Beratung der Berufsstand der Vermittler*innen weitgehend abgeschafft wird, werden am Ende viele Bürger*innen ohne

Beratung bleiben. Das Beispiel Großbritannien dürfte bekannt sein. Die Bürger*innen kaufen dann, wenn überhaupt noch, Finanzprodukte weitgehend schutzlos im Internet. Die Materie ist aber sehr komplex und die finanzielle Allgemeinbildung nicht sehr gut. Die Wahrscheinlichkeit, falsche Entscheidungen zu treffen, ist so weitaus höher. Gut ausgebildete Berater*innen bieten hier viel mehr Verbraucher*innenschutz, ganz unabhängig von der Vergütungsform.

Am Rande wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die Mitglieder unserer Verbände derzeit in der Breite intensiv zum Thema Nachhaltigkeit ausgebildet werden, um so ihre Kund*innen zukünftig zu den Möglichkeiten nachhaltiger Vermögensbildung beraten zu können. Wer sonst sollte diese auf uns zukommende Aufklärungsarbeit übernehmen? Gleiches gilt für die dringend gebotene Ausweitung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge.

Wir möchten Sie bitten, die Position Ihrer Partei vor Verabschiedung des Wahlprogramms nochmals sorgfältig zu überdenken und auf den Prüfstand zu stellen. Es gibt keine strukturellen Missstände, und die letzten Jahre haben gezeigt, dass trotz der Etablierung des Berufsbildes der Honorarberater*innen die Bürger*innen nur sehr selten auf diese zugehen. Warum sollen die Bürger*innen erneut bevormundet werden, indem ihnen die Wahlfreiheit genommen wird?

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Gespräche - auch persönlich - zur Verfügung und würden uns sehr über einen Dialog unseres Berufsstandes mit Ihrer Partei freuen. Es geht hier um die dringend notwendige Beratung der Bürger*innen zu Finanzprodukten und um eine sechsstellige Zahl beruflicher Existenzen mit angebundene(n) Mitarbeiter*innen und Familien.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihre

Dr. Hans-Georg Jenssen, BDVM

Martin Klein, VOTUM

Oliver Mathais, VGA

Norman Wirth, AFW

Dr. Wolfgang Eichele, BVK

Michael H. Heinz, BDWi

Dr. Helge Lach, BDV